

Welthandel: Zollschlacht ohne Ende?

Im Handelsstreit zwischen den USA und China heizt US-Präsident Donald Trump die Lage weiter an. Ab kommenden Woche werden chinesische Waren im Wert von 200 Milliarden Dollar bei der Einfuhr in die Vereinigten Staaten mit zusätzlich zehn Prozent verzollt. Von 2019 an soll der Zollsatz auf 25 Prozent erhöht werden. Die Regierung in Peking wiederum hat angekündigt, auf diese Zölle mit Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Auch für die Europäische Union könnte das Folgen haben. Denn China liefert derzeit 18 Prozent seiner Warenexporte in die USA (siehe Grafik). Wenn es aufgrund der Zollerhöhungen nun versucht, neue Absatzmärkte zu erschließen, könnte es zu einer Handelsumlenkung von chinesischen Produkten in die EU kommen. In der Folge befürchten manche Ökonomen mehr Konkurrenz für die hiesigen Produkte – sofern diese tatsächlich mit den Importen vergleichbar sind.

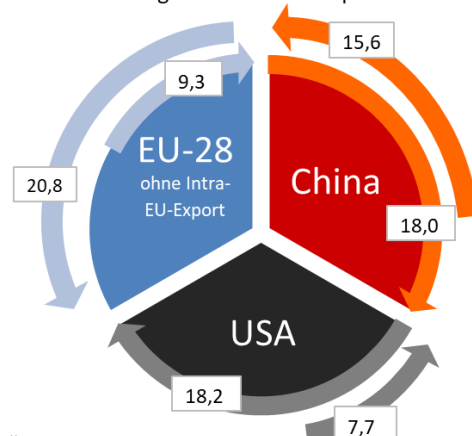
Die Zollschlacht der USA mit China ist in vollem Gange, gleichzeitig steht mit den Nachbarn Kanada und Mexiko noch eine Einigung aus und auch der Konflikt mit der EU ist nicht gelöst. Zwischen USA und EU ist der Streit zunächst nur deeskaliert worden. Nach einem Schlagabtausch in Form von US-Strafzöllen auf Stahl und Aluminium, entsprechenden Gegenmaßnahmen der EU und der darauf folgenden Androhung Trumps, nun auch Zölle auf Autos zu erheben, konnten sich Trump und EU-Kommissionspräsident Juncker im Sommer darauf einigen, zunächst keine weiteren Strafzölle zu erheben. Stattdessen wird nun über ein transatlantisches Industriegüterzollabkommen diskutiert. Eine Eskalation ist jedoch nur vorerst abgewendet, der US Präsident steht aufgrund der Zwischenwahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat Anfang November unter Druck und es ist nicht absehbar, welche Folgen das Wahlergebnis haben wird.

Das primäre Ziel von EU und USA ist nun der Abbau der Zölle auf Industriegüter. Aus Sicht des DGB muss dabei klar sein: Transparenz und Einbindung von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sind unumgänglich. Für offizielle Verhandlungen braucht die EU-Kommission ein Mandat, in dem der Umfang eines solchen Abkommens genau festgelegt wird und das öffentlich diskutiert wird.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hofft bereits auf ein neues TTIP und fordert, dass nicht-tarifäre Hemmnisse – also Regulierungsunterschiede – mitverhandelt und der gesamte Handel liberalisiert wird. Doch das wäre genau der falsche Weg. Stattdessen muss beim Industriegüterzollabkommen streng darauf geachtet werden, dass öffentliche Dienstleistungen oder starke Arbeitnehmer/-innen-, Umwelt- und Verbraucher/-innenstandards, nicht zur Verhandlungsmasse werden. Bei den Gesprächen um ein neues Abkommen, dürfen die Fehler von TTIP nicht wiederholt werden.

Auch hat eine immer weitgehendere Marktliberalisierung bisher nicht zu gerechten Ergebnissen geführt. Eine fair gestaltete Globalisierung braucht multilaterale, nachhaltige Lösungen, eine Stärkung der UN-Institutionen anstatt rein bilateraler Absprachen. Es braucht fairen Welt-handel statt Zollschlachten.

Anteile des interregionalen Warenexports in Prozent, 2015



Quelle: UNCTAD